Hauptverwaltung
Bearbeitung durch: Herr Kelle
Aktenzeichen:
Datum: 27.03.2025

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.	Berichterstattung
Hauptausschuss	08.05.2025						Herr Knappmeyer
Rat	15.05.2025						Herr Knappmeyer

**Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
hier: Antrag der CDU-Fraktion**

Beschlussvorschlag

Der Rat soll über die Anwendung der Opt-Out Regelung des § 4 der Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (Bezahlkartenverordnung NRW – BKV NRW) vom 02.01.2025 entscheiden.

Sachdarstellung

Die Verwaltung hatte im Ausschuss für Soziales und Familien am 19.03.2025 mitgeteilt, dass der Bürgermeister entschieden hat, die Bezahlkarte in der Stadt Lübbecke nicht einzuführen.

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 24.03.2025 beantragt, die Entscheidung über die Ausnahmeregelung zur Einführung der Bezahlkarte im Rat zu treffen. Man ist der Auffassung, dass es sich hierbei nicht um ein „Geschäft der laufenden Verwaltung“ handelt. Diese gelten nach § 41 Abs. 3 GO NRW im Namen des Rates auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich die Entscheidung für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall vorbehält. Bei den Geschäften der laufenden Verwaltung handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Hierunter fallen die nach Regelmäßigkeit und Häufigkeit üblichen Geschäfte, deren Erledigung nach feststehenden Grundsätzen erfolgt und die für die Gemeinde unter Berücksichtigung ihrer Größe und Finanzkraft weder wirtschaftlich noch grundsätzlich von wesentlicher Bedeutung sind. Ob es sich bei der Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem AsylbLG um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, darüber gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen, weshalb die Angelegenheit in den Kommunen unterschiedlich gehandhabt wird. Im Grunde geht es nur darum, in welcher Form die Leistungen nach dem AsylbLG ausgezahlt werden. Letztlich kann die Frage aber dahingestellt bleiben, denn der Rat hat auch bei Geschäften der laufenden Verwaltung ein Rückholrecht.

Der Antrag der CDU-Fraktion beschränkt sich darauf, dass der Rat die Entscheidung über die Bezahlkarte treffen soll. Der Antrag enthält keinen Beschlussvorschlag in der Sache (für oder gegen die Einführung der Bezahlkarte).

Zum Thema Bezahlkarte wird auf die Sachdarstellung in der Mitteilungsvorlage 35/2025 verwiesen:

Die Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsge-

setz (AsylbLG) (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW) ist am 07.01.2025 in Kraft getreten.

Gemäß § 3 Abs.1 BKV NRW erfolgt die Leistungserbringung nach den §§ 3 ff. AsylbLG in der Regel in Form der Bezahlkarte, sofern nicht Deckung durch Sachleistungen vorgesehen ist. Jeder Leistungsbeziehende kann sich gem. § 5 Abs.1 BKV NRW je Kalendermonat einen Barbetrag in Höhe von 50 € als Barleistung auszahlen lassen.

Die Bezahlkarte kann nicht im Ausland eingesetzt werden. Weiterhin sind Geldtransferdienstleistungen in das Ausland, Glücksspielangebote und sexuelle Dienstleistungen ausgeschlossen.

Es ist vorgesehen, dass grundsätzlich alle volljährigen Leistungsbeziehenden eine eigene Bezahlkarte erhalten. Auch minderjährige Leistungsbeziehende erhalten eine Bezahlkarte, sofern sie nicht mit einem erwachsenen Erziehungsberechtigten zusammenleben.

Der § 4 der BKV NRW sieht eine Opt-Out Regelung vor. Demnach können die Kommunen beschließen, dass die Leistungen nach dem AsylbLG nicht in Form der Bezahlkarte erbracht werden.

Der Bürgermeister hat aus folgenden Gründen entschieden, die Bezahlkarte nicht einzuführen. Dieser Beschluss wirkt auf den 07.01.2025 zurück.

1. Keine Verringerung des Verwaltungsaufwandes, sondern Erhöhung

Es ist zu klären, wer eine Hauptkarte oder eine Partnerkarte zum gemeinsamen Wirtschaften erhält. Weiterhin ist die Zuordnung der Kinder zu klären. Für Kinder in Haushaltsgemeinschaft ist eine eigene Bezahlkarte auszustellen. Die jeweiligen Zahlungen sind der jeweiligen Bezahlkarte zuzuordnen. Bisher erfolgt die Zahlung an eine Bedarfsgemeinschaft.

Aktuell müssten 34 Hauptkarten, 12 Partnerkarten und 4 Kinderkarten Ü18 ausgestellt werden.

Bei Vorliegen berechtigter Mehrbedarfe kann zugunsten der Leistungsberechtigten von der Barleistungsgrenze in Höhe von 50 € abgewichen werden. Die Prüfung und Bescheidung dieser Ermessensentscheidung ist ebenfalls mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand verbunden.

Anträge auf einen Härtefall, d.h. Leistungen abweichend von den Vorgaben der BKV NRW zu erbringen, sind ebenfalls zusätzlich zu bearbeiten.

Für die Umstellung von der Überweisung auf ein Bankkonto hin zur Bezahlkarte ist ein förmliches Verfahren durchzuführen (belastender Verwaltungsakt).

Auch mit vermehrten Widersprüchen, Klagen und Eilverfahren ist zu rechnen.

Optional sind „Black-Listen“ oder „White-Listen“ zu erstellen. Entweder werden also bestimmte Warengruppen oder Zahlungsempfänger gesperrt oder alle Warengruppen und Zahlungsempfänger sind gesperrt und müssen einzeln freigegeben werden.

2. Die Bezahlkarte erschwert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und fördert daher nicht die Integration Geflüchteter.

Mehrere Großstädte in Nordrhein-Westfalen haben sich ebenfalls gegen die Einführung der Bezahlkarte entschieden. Auch die Kommunen im Kreis Minden-Lübbecke haben sich nach unserem Erkenntnisstand entweder gegen die Einführung der Bezahlkarte entschieden oder befinden sich noch in der Entscheidungsphase. Dieses Stimmungsbild hat sich auch in der Konferenz der Fachämter des Kreises Minden-Lübbecke gezeigt.

Finanzielle Auswirkungen

- Nein. Ja, im Haushaltsplan berücksichtigt.
 Ja, im Haushaltsplan nicht berücksichtigt. Genehmigung der über-/
außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung ist als Anlage beigefügt.

Weitere Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen und Folgekosten:

Gesehen

Geprüft

Mitgezeichnet

Bürgermeister

Hauptverwaltung
bei Vorlagen für Hauptausschuss/Rat

Rechnungsprüfung
bei Auftragsvergaben

Gleichstellungsstelle
bei gleichstellungsrelevanten Vorlagen